



## ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE DER DREITEILIGEN WORKSHOP-REIHE „EINE VERPFLICHTENDE KLIMAKENNZEICHNUNG AUF LEBENSMITTELN IN DEUTSCHLAND“

OKTOBER BIS DEZEMBER 2023  
IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

### DER INITIATIVE TOGETHER FOR CARBON LABELLING

Die Initiative Together for Carbon Labelling – kurz: TCL – hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Weg für eine nachhaltige Zukunft zu ebnen. TCL ist ein Zusammenschluss von Expert\*innen, Unternehmen aus der Lebensmittelindustrie, unabhängigen Organisationen und engagierten Akteur\*innen, die sich für eine CO<sub>2</sub>e-Kennzeichnung von Lebensmittelprodukten einsetzen. Zu den Mitgliedern zählen Oatly, Veganz, FRoSTA, Nestlé Deutschland, erdbär, Klasmann-Deilmann, HelloFresh, Cobiom und die Global Impact Alliance.

### Hintergrund

Angestoßen durch die Veranstaltung „Klimafreundlicher Essen und Trinken“ der Initiative Together for Carbon Labelling (TCL), die am 6. Juli 2023 unter der Schirmherrschaft von Rita Hagl-Kehl MdB (SPD) im Deutschen Bundestag stattfand, hat die Initiative gemeinsam mit der SPD Abgeordneten zu einer Workshop-Reihe im Deutschen Bundestag eingeladen. Die drei aufeinanderfolgenden Events zum Thema „Eine verpflichtende Klimakennzeichnung auf Lebensmitteln in Deutschland“ fanden mit der Zielsetzung statt, herauszuarbeiten, welche Anforderungen sowie Herausforderungen für eine verpflichtende Klimakennzeichnung für Lebensmittel in Deutschland existieren. Hierzu wurden die für das Unterfangen relevanten Stakeholder\*innen mit einbezogen und die drei Perspektiven der Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft zusammengebracht. An den Workshops nahmen neben den jeweiligen Fachexpert\*innen weitere Teilnehmer\*innen aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft teil.

### Kurzzusammenfassung

Die Workshop-Reihe konnte das große Potential einer Klimakennzeichnung für Umwelt, Wirtschaft und Verbraucher\*innen herausstellen. Gleichzeitig wurde deutlich, dass es hinsichtlich der Machbarkeit und der wahrgenommenen Herausforderungen verschiedene Perspektiven auf das Thema gab. Die wichtigsten Ergebnisse:

1. **Es besteht große Einigkeit, dass eine Kennzeichnung für die Umweltauswirkungen von Lebensmitteln notwendig ist** und einen positiven Einfluss auf Umwelt, Verbraucher\*innen und Wirtschaft hat. Dabei gibt es verschiedene Vorstellungen, welche Umweltaspekte dabei zuallererst berücksichtigt werden müssen.
2. **Um die derzeit oft in Silos stattfindenden Diskussionen über die Ausgestaltung einer Kennzeichnung zu bündeln, muss ein staatlich koordinierter Prozess stattfinden**, der alle Interessengruppen und Perspektiven mit einbezieht.
3. **Um eine Kennzeichnung umzusetzen und für alle Marktteilnehmenden zugänglich zu machen, bedarf es einer staatlichen Datenbank sowie einheitlicher Datenstandards**. Hierbei ist darauf zu achten, dass bestehende Methodikansätze zu einem einheitlichen Standard harmonisiert werden.
4. **Bereits gestartete Initiativen in EU-Nachbarländern wie Dänemark und Frankreich können als Referenz oder Anknüpfungspunkt dienen** und sollten von Anfang an mitgedacht werden.

## Anforderung 1: Eine staatlich geregelte, einheitliche und verpflichtende Klimakennzeichnung

- Die Kennzeichnung sollte für das gesamte Produktportfolio des Unternehmens verpflichtend sein. Zusätzlich muss die Verwendung sowie die Darstellung – bzw. die Kommunikation dieser Kennzeichnung in Form von Labels – einer staatlichen Regulierung unterliegen.
- Langfristig sollten neben Klima auch andere Umweltfaktoren einbezogen werden, allerdings sollte schnellstmöglich mit der Dimension Klima begonnen werden, da CO<sub>2</sub>e-Bilanzierungen auf Produktebene bereits sehr gut umsetzbar sind. Biodiversität und Landnutzung, Wasserknappheit und -nutzung sowie Bodengesundheit sollten schrittweise eingeführt werden, da hier noch Forschungsbedarf besteht.
- Die kontinuierliche Entwicklung von Datensätzen und PCF\*-Berechnung soll regelmäßig in den Standards abgebildet werden.
- Eine Kennzeichnung sollte nicht durch uneinheitliche methodische Ansätze zu einer Wettbewerbsverzerrung führen, dazu ist eine geregelte und verpflichtende Klimakennzeichnung notwendig.

## Anforderung 2: Eine staatliche Datenbank

- Über eine staatliche Datenbank sollten einheitliche generische Daten für den Klima-/Umwelt-Fußabdruck von Lebensmitteln zur Verfügung gestellt werden.
- Es müssen klare Regeln zur Verwendung der Daten und Abschätzung von Umweltauswirkungen sowie zur Erhebung und Verwendung spezifischer Daten festgelegt werden.
- Die französische Datenbank (Agribalyse) kann dabei als Referenz bzw. Vorbild dienen.

## Zusammenfassung der offenen Diskussion mit Teilnehmer\*innen:

- In der Diskussion wurde u.a. von Vertreter\*innen der Lebensmittelindustrie darauf hingewiesen, dass Kennzeichnungen auch international, insbesondere auf EU-Ebene, mitgedacht werden müssen, da Produkte oft in Deutschland für ausländische Märkte produziert werden.
- Ebenfalls wurde von verschiedenen Teilnehmer\*innen darauf hingewiesen, dass die Einbeziehung von Umweltaspekten wie Bodengesundheit und Wassernutzung essentiell ist und von Anfang an Teil einer Kennzeichnung sein sollte. In diesem Kontext wurde darauf hingewiesen, dass die Grundlagen für die Berechnung von CO<sub>2</sub>e-Bilanzen bereits etabliert sind und deshalb direkt damit angefangen werden könnte, während man in anderen Bereichen noch nicht so weit ist. Als Lösung wurde u.a. vorgeschlagen, mit CO<sub>2</sub>e zu beginnen, aber die Kennzeichnung stetig weiterzuentwickeln und von Anfang an festzuschreiben, welche anderen Aspekte einbezogen werden müssen.
- Im Rahmen der Diskussion wurden auch die Kosten für den Aufbau einer staatlichen Datenbank angesprochen, die sich laut dem französischen Landwirtschaftsministeriums auf 11 Millionen Euro über 10 Jahre belaufen haben. Dabei wurde angemerkt, dass, sollte eine ähnliche Datenbank für Deutschland aufgebaut werden, viele Aspekte und Funktionsweisen von Agribalyse übernommen werden könnten, um Kosten zu reduzieren.
- In der Diskussion wurde auch die Bedeutung von generischen Daten hervorgehoben, da insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen oft finanziell nicht in der Lage sind, Primärdaten zu erheben.

### Anforderung 1: Bewusstsein für die Klimaauswirkung unserer Ernährung

- Eine Klimakennzeichnung wird benötigt, um Konsument\*innen auf den Zusammenhang von Kaufentscheidungen und Klimaauswirkungen aufmerksam zu machen.
- Aus der Verbraucher\*innenforschung des Unternehmens HelloFresh geht hervor, dass zwei Drittel der Kund\*innen an einer Klimakennzeichnung interessiert sind.
- Es braucht einen einfach verständlichen und glaubwürdigen Standard zur Kommunikation von CO<sub>2</sub>e-Emissionen, sowie Aufklärung über die Bedeutung der Kennzeichnung.
- Dieser soll durch staatliche Vorgaben für die gesamte Lebensmittelindustrie einheitlich geregelt sein.

### Anforderung 2: Mehr Transparenz und Vergleichbarkeit von Produktinformationen zu Klimafolgen schaffen

- Viele Unternehmen sind auf dem Weg der nachhaltigen Entwicklung und berechnen bereits individuell den CO<sub>2</sub>e-Fußabdruck (Product Carbon Footprint, PCF) für (einen Teil) ihre(r) Produktpalette.
- Herausforderungen dabei sind die fehlenden Vorgaben für eine einheitliche Berechnung und Prüfung durch externe Institutionen, um Glaubwürdigkeit herzustellen. (ISO 14040/44, 14067 und das GHG sind nicht ausreichend, da sie nicht spezifisch für Lebensmittel entwickelt wurden und daher ungenaue Werte berechnen).
- Ziel dessen sollte stets die Vergleichbarkeit unterschiedlicher Produkte am Regal sein, um dadurch informierte und im besten Falle klimafreundlichere Konsumententscheidungen zu ermöglichen.\*
- Es braucht die politischen Rahmenbedingungen für eine verpflichtende und standardisierte Klimakennzeichnung, um Umweltauswirkungen von Lebensmittel vergleichen zu können.

### Anforderung 3: Reduktion der CO<sub>2</sub>e-Emissionen für Unternehmen in Verantwortung ermöglichen

- Die Bundesregierung sollte sich aktiv für CO<sub>2</sub>e-Transparenz auf Produkten und Unternehmensebene einsetzen und diese bei der PCF-Berechnung unterstützen.
- Die wirtschaftliche Machbarkeit, insbesondere für kleine und mittelständische (Agrar-)Betriebe, sowie die praktische Umsetzung müssen bei der Entwicklung mitgedacht werden.
- Die Berechnung des PCFs erfordert die Datenerhebung und Reduktion von Emissionen in Zusammenarbeit mit den Lieferant\*innen.

### Zusammenfassung der offenen Diskussion mit Teilnehmer\*innen:

- Muss eine Kennzeichnung notwendigerweise verpflichtend sein und würde hierdurch nicht zu viel Mehraufwand für KMUs, insbesondere kleine landwirtschaftliche Betriebe, entstehen? Eine Datenbank und die Nutzung generischer Daten können bereits Abhilfe schaffen. Jedoch kann ein gewisser zusätzlicher bürokratischer Aufwand im Falle einer verpflichtenden Kennzeichnung nicht vermieden werden. Freiwillige oder digitale Ansätze könnten alternative Lösungen bieten.
- Es wäre wichtig, eine Differenzierung zu den Umweltauswirkungen innerhalb einzelner Produktkategorien zu ermöglichen. Als Beispiel: würde am Ende nicht heimisch nachhaltig produziert Mehl mit allen anderen Mehlprodukten in dieselbe Kategorie fallen? Denn im generellen Blick über alle Produktkategorien hinweg könnten die Umweltauswirkungen nicht zu sehr voneinander abweichen. Hier wurde angebracht, dass bei der Nutzung von generischen Daten dieses Problem zu Beginn in der Tat auftauchen könnte, jedoch bei der Nutzung von Primärdaten Unterschiede erkennbar werden.
- Unternehmensvertreter\*innen betonten nochmals den Mehrwert einer staatlichen Kennzeichnung, da es von Seiten der Verbraucher\*innen Misstrauen gegenüber privaten Kennzeichnungen gibt. Gleichzeitig sei es wichtig, Kennzeichnungen einfach und verständlich zu gestalten, für Kund\*innengruppen mit diversem Kenntnisstand.
- In der Diskussion wurde erneut auf die Green Claims Richtlinie der EU zur Vermeidung von Greenwashing eingegangen und die Auswirkungen auf derzeitige im Markt vorhandene Kennzeichnungen. Die Richtlinie hat zu einer Verunsicherung bei Unternehmen geführt, was nun noch über die Umweltauswirkung von Produkten kommuniziert werden darf. Es braucht eine verlässliche staatliche Kennzeichnung, bei der Unternehmen die (Planungs-)Sicherheit haben, diese verwenden zu dürfen und entsprechend ihre internen Prozesse anpassen können.
- Im Rahmen des Gesprächs wurde auch auf die dänische, staatliche Initiative zur Einführung eines Klimalabels eingegangen und darauf hingewiesen, dass auch auf diese und die in Frankreich geplante gesetzliche Verankerung eines Klimalabels geschaut werden müssen.

### Anforderung 1: Gezielt Herausforderungen von Konsument\*innen bei der Ausgestaltung einer Kennzeichnungen berücksichtigen

- Kennzeichnungen wirken und können nachhaltig das Einkaufsverhalten von Konsument\*innen beeinflussen. Sie müssen dabei so gestaltet sein, dass sie intuitiv und leicht verständlich sind, um einen maximalen Effekt zu haben.
- Eine Kennzeichnung muss eine auf den ersten Blick erkennbare Einordnung der Klimafolgen ermöglichen, beispielsweise durch eine farbliche Kodierung. Rein numerische Angaben sind schwerer für Verbraucher\*innen zu verstehen.
- Auch wenn Expert\*innen viel Wert auf Vollständigkeit legen, besteht auf Seite der Konsument\*innen häufig ein Gefühl der Überforderung, wenn unklar ist, worauf eine Kennzeichnung basiert.
- Um eine entsprechende Wirkung zu entfalten, muss ein Klimalabel einheitlich für möglichst alle Lebensmittel im Supermarkt und online umgesetzt werden.

### Anforderung 2: Der Staat als Herausgeber schafft Vertrauen, Transparenz und Akzeptanz

- Entscheidend für die Glaubwürdigkeit eines Labels ist der Herausgeber. Demnach müssen die Informationen hierzu, sowie zur Datengrundlage und zu der verwendeten Methodik einfach und transparent zugänglich sein.
- Eine einheitliche Datengrundlage und transparente Datenbank tragen zur Akzeptanz einer Kennzeichnung bei.
- Darüber hinaus sollte die Einführung einer Kennzeichnung auch von einer umfassenden Informationskampagne begleitet werden.

### Zusammenfassung der offenen Diskussion mit Teilnehmer\*innen:

- In der Diskussion wurde angesprochen, dass verhindert werden muss, dass eine Kennzeichnung mögliche Fehlanreize schafft. Als Beispiel wurde Massentierhaltung genannt, die CO<sub>2</sub>e senken könnte. Als Lösung hierauf wurde erneut vorgeschlagen, auch weitere Umweltaspekte miteinzubeziehen, die nicht intensive bzw. nachhaltige Produktionsmethoden bevorzugen.
- In der Diskussion wurde auch auf die gesetzliche Umweltkennzeichnung in Frankreich hingewiesen, die für 2024 geplant ist. Auch diese wird am Anfang voraussichtlich nicht alle Umweltdimensionen beinhalten, aber zumindest die zentralen Umweltdimensionen. In diesem Kontext wurde von den Fachexpert\*innen darauf hingewiesen, dass es wichtig ist, jetzt zu starten, auch wenn die Erhebung von mehr Primärdaten von Unternehmen und die Harmonisierung der bestehenden Methodenansätze noch durchgeführt werden muss. Wenn auf das perfekte Modell gewartet wird, besteht die Gefahr, einen wichtigen Hebel zu lange ungenutzt zu lassen. In diesem Kontext wurde auch darauf hingewiesen, dass derzeit bereits zahlreiche Label bestehen, die nicht staatlich geregelt sind und ggf. irreführend sind.
- Zuletzt wurde auch angesprochen, dass verschiedene Geschäftsmodelle berücksichtigt werden müssen und damit auch die verschiedenen Prozesse und Perspektiven von Erzeuger\*innen, Produzent\*innen, Handel aber auch neue Geschäftsmodelle wie beispielsweise Kochboxen bei der Ausgestaltung berücksichtigt werden müssen.

Im Rahmen der Workshop-Reihe kamen verschiedene Fachexperte\*innen zu Wort. Darüber hinaus trugen auch weitere Teilnehmer\*innen mit Kommentaren und Fragen zur Diskussion bei. Insgesamt lassen sich mehrere Schlussfolgerungen aus der Workshop-Reihe ziehen.

**Es besteht große Einigkeit, dass eine Kennzeichnung für die Umweltauswirkungen von Lebensmitteln notwendig ist und positive Auswirkungen auf Verbraucher\*innen, die Wirtschaft sowie Umwelt und Klima haben kann.** Dabei wurde jedoch auch deutlich, dass es unterschiedliche Vorstellungen darüber gibt, welche verschiedenen Umweltaspekte einbezogen werden müssen. Auf der einen Seite wurde als Argument angebracht, dass mit CO2e begonnen werden sollte, da hier die notwendigen Grundlagen geschaffen sind und eine Umsetzung zeitnah möglich wäre. Gleichzeitig wurde von anderer Seite argumentiert, dass ein Label mit Fokus ausschließlich auf CO2e viele wichtige Aspekte auslassen würde. So könnten Fehlanreize gesetzt werden, bestimmte nachhaltige Anbaumethoden zu vernachlässigen, die ggf. mehr klima-schädliche Treibhausgase produzieren als andere, jedoch unter anderen Gesichtspunkten betrachtet wesentlich besser für die Umwelt sind. Als Lösungsvorschlag für diesen Konflikt wurde u.a. vorgeschlagen, zwar mit CO2e zu beginnen, die Kennzeichnung jedoch kontinuierlich weiter zu entwickeln und von Anfang an festzuschreiben, welche Umweltaspekte langfristig mit einbezogen werden sollen.

Anknüpfend an diesen Punkt und basierend auf dem allgemein geteilten Ziel einer staatlichen Umweltkennzeichnung wurde deutlich, dass es **einen staatlich koordinierten Prozess benötigt, um die derzeit oft getrennt voneinander stattfindenden Diskussionen über die Ausgestaltung einer Kennzeichnung zu bündeln.** Dieser Prozess muss offen für alle Interessengruppen sein, um einen Weg zu finden, die Belange und Anforderungen aller Gruppen mit in die Entwicklung einer Kennzeichnung einzubeziehen.

Aus Sicht der Mehrheit der Referent\*innen und Teilnehmer\*innen muss unabhängig von diesem Prozess **als erster wichtiger Schritt umgehend eine staatliche Datenbank sowie einheitliche Datenstandards für Sekundär- und Primärdaten geschaffen werden.** Eine Datenbank ist Grundvoraussetzung, um allen Marktteilnehmer\*innen, auch kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMUs), zu ermöglichen, eine Kennzeichnung umzusetzen oder als Teil der Lieferkette für Großunternehmen keine Wettbewerbsnachteile zu haben. In diesem Kontext wurde betont, dass eine Datenbank nicht ausschließlich für eine Kennzeichnung genutzt werden könnte, sondern auch für weitere, derzeit neu hinzukommende Nachhaltigkeitsberichterstattungspflichten und damit die Wirtschaft, insbesondere KMUs, entlasten würde (s. Grafik). Gleichzeitig fördert eine staatliche Datenbank und staatlich festgelegte einheitliche Datenstandards das Vertrauen in eine Klimakennzeichnung.

Zuletzt wurde im Rahmen der Workshop-Reihe wiederholt deutlich, dass es derzeit u.a. in den **EU-Nachbarstaaten wie Frankreich und Dänemark vielversprechende Initiativen zur Einführung einer Klima- bzw. Umweltkennzeichnung gibt. Hier bieten sich Möglichkeiten aus den Prozessen und Vorgängen der anderen Staaten zu lernen** sowie Anknüpfungspunkte oder Modelle, die in Teilen oder ganz übernommen werden könnten. Auch könnte so eine Harmonisierung in der EU erreicht werden. Kurzfristig könnten zumindest Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und seinen direkten Nachbarstaaten gestärkt werden.

Die Ergebnisse der Workshop-Reihe werden allen Teilnehmer\*innen sowie weiteren Entscheidungsträger\*innen aus Politik und Verwaltung zur Verfügung gestellt, um den Prozess für die Entwicklung einer Umweltkennzeichnung anzustoßen.

**Wofür kann der Klima-/Umweltfußabdruck genutzt werden?**

